Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Forst- Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff rentamt zu Tharandt.

Insertionspreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg. Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil laut von Behörden die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Teilweise undeutliche Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. in die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verlieren. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 21. | Sonntag den 26. Januar 1919. | 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Zurzeit weilt in Dresden (Europäischer Hof) eine **Delegation der neutralen und alliierten Länder** (Offiziere und Aerzte in Uniform), die Ermittelungen in allen Lagern, Lazaretten, Irrenanstalten, Gefängnissen und Arbeitsstellen, insbesondere Bergwerken, in denen sich Gefangene der Entente befanden, anstellen soll, ob deren Abbeförderung entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen erfolgt ist. Insbesondere soll sie, um die öffentliche Meinung in den Ententeländern zu beruhigen, feststellen, ob etwa noch Gefangene verborgen werden.

Indem die Oeffentlichkeit von dem Aufenthalte der Delegation und deren Auftrage hierdurch in Kenntnis gesetzt wird, werden gleichzeitig alle Personen, denen der Verbleib eines alliierten Kriegsgefangenen — gleichviel ob krank oder gesund — bekannt sein sollte, angewiesen, entsprechende Angaben sofort der nächsten Polizeibehörde oder Lagerkommandantur zu machen, die diese Angaben umgehend der Inspektion der Korpsgefangenenlager Königsbrück zu drahten haben.

Alle noch außerhalb der militärischen Dienststellen befindlichen Gefangenen haben sich schriftlich oder mündlich bei obengenannter Delegation in Dresden zu melden.

Um festzustellen, welche Gefangenen der Alliierten sich noch in Deutschland befinden, hat am 25. dieses Monats über die Gefangenen eine Zählung stattzufinden, die in der Nacht vom 24. zum 25. dieses Monats auf der betreffenden Stelle anwesend waren.

Die Zählung der unter militärischen Dienststellen befindlichen Gefangenen wird von den Generalkommandos veranlaßt. Hingegen sind alle Gefangenen, die sich zu dem angegebenen Zeitpunkte etwa noch bei Zivilpersonen oder in Zivilgefängnissen, Zuchthäusern und sonstigen Anstalten befinden, von den Haushaltungsvorständen oder Anstaltsdirektionen aufzunehmen und der örtlichen Polizeibehörde zur Anmeldung zu bringen. Die Polizeibehörde hat ungesäumt dem zuständigen Generalkommando drahtlich Mitteilung zu machen.

Bei der Zählung sind festzustellen Name, Vorname, Gefangenennummer und Regiment, und zwar getrennt nach folgenden Nationen: Franzosen, Engländer, Belgier, Serben, Italiener, Portugiesen, Japaner, Amerikaner, Montenegriner, Griechen, Brasilianer (unterschieden nach Kriegs- und Zivilgefangenen).

Personen, die einen Kriegsgefangenen der Alliierten gegen dessen Wunsch oder ohne Anmeldung verbergen, werden, wenn nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft bestraft.

Dresden, am 21. Januar 1919. 21 a/b II A. Geh.

Die Ministerien des Innern und der Justiz.

Stellung der Unabhängigen zum Sozialismus.

Was heißt Sozialismus?

Eine Aussprache.

Vorbemerkung. Von verschiedenen Seiten sind wir ersucht worden, unbeschadet unserer Stellung als „bürgerliches" Blatt, eine Aussprache über den Sozialismus herbeizuführen. Dieses Verlangen ist berechtigt, denn wie heute, so wird wohl für längere Zeit der Sozialismus im Vordergrund des politischen Interesses im Lande wie im Reiche stehen. Um jede Einseitigkeit zu vermeiden, haben wir uns an Vertreter beider Richtungen: der sozialistenfreundlichen wie sozialistengegnerischen mit der Einladung gewandt, hierzu das Wort zu ergreifen. Heute spricht ein führendes Mitglied der „Unabhängigen" zu uns; nach einigen Tagen wird sein politischer Gegner, ein konservativer Volkswirt, zu Wort kommen.

* * *

„Sozialisierung."

Beleuchtet von einem Sozialisten.

Sozialisierung heißt Vergesellschaftung. Was vergesellschaftet werden soll, sind die Produktionsmittel, das heißt jene Einrichtungen, Liegenschaften und Kapitalien, deren der Mensch zur Arbeit, zur Güter- und Warenerzeugung bedarf. Die Produktion von Nahrungsmitteln, die Beschaffung wichtiger Rohstoffe ist gebunden an die Ausnutzung des Grund und Bodens, eine „konkurrenzfähige" Verarbeitung dieser Rohstoffe zu Gegenständen des täglichen Bedarfs ist heute auf fast keinem Gebiete mehr möglich ohne die Zuhilfenahme komplizierter Maschinen, großer Fabrikanlagen, von Dampfkraft oder elektrischem Strom, und jedes Unternehmen, das vorwärts kommen will, verlangt zunächst eine anständige Summe als Anlage- und Betriebskapital.

Wie heute die Dinge liegen, können nur wenige sich rühmen, selbst Besitzer solcher „Produktionsmittel" zu sein. Die große Masse der anderen ist darauf angewiesen, da sie ohne Produktionsmittel nicht konkurrenzfähig arbeiten kann, ihre Arbeitskraft denjenigen zu verkaufen, die im Besitz der Bergwerke, Fabriken und Handelsunternehmungen sind. Sie bekommen dafür ihren Lohn oder ihr Gehalt, — in diesem Lohn oder Gehalt aber nur einen Teil von dem, was sie durch ihre Arbeit tatsächlich an Werten erzeugen; der andere Teil bleibt als Profit, Unternehmergewinn, Grundrente, Dividende usw. demjenigen der das Vorrecht des Besitzes genießt. Dem will der Sozialismus ein Ende machen. Die Produktionsmittel sollen aus dem Privatbesitz einzelner in das Gemeineigentum aller überführt werden. Und der gesamte Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit soll der Gemeinschaft zugute kommen, ohne daß einzelne Bevorrechtigte sich in Gestalt des Profites zuvor einen wesentlichen Teil davon in ihre Privattaschen stecken können.

Die Vergesellschaftung kann nicht so vor sich gehen, daß jeder Betrieb in das Eigentum derjenigen Arbeiter übergeht, die gerade in ihm tätig sind. Das würde zunächst schon eine starke Ungerechtigkeit bedeuten, eine völlig ungerechtfertigte Bevorzugung derjenigen Arbeiter und Angestellten, die zufällig in einem modern eingerichteten und gutgehenden Unternehmen beschäftigt sind, und eine unverdiente Benachteiligung derjenigen, die in rückständigen, schlecht florierenden Betrieben arbeiten. Es würde aber auch bei den neuen Besitzern der Betriebe sehr leicht wieder kapitalistische Neigungen wecken, das Bestreben, sich am Profit zu bereichern, indem sie andere an den ihnen nun gehörigen Produktionsmitteln gegen Lohn arbeiten lassen, und es würde weiter den Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Werken mit seinen vielen Schädigungen, würde die ganze Regellosigkeit der Warenerzeugung mit ihren schlimmen Folgen: Überproduktion, Stockung des Absatzes usw. belassen, — lauter Erscheinungen, die sicherlich nicht erfreulich genannt werden können. Sie können aber ausgeschaltet werden, wenn die Vergesellschaftung in der Weise vor sich geht, daß die Gemeinden, Provinzen oder Staaten die einzelnen Betriebe und Industrien übernehmen. Welche dieser gesellschaftlichen Organisationen jeweils die „zuständige" ist, wird sich nach dem Charakter der zu sozialisierenden Unternehmungen zu richten haben. Handelt es sich um Einrichtungen, die nur einen lokalen Wirkungs- oder Versorgungskreis haben, so wird die Gemeinde am zweckmäßigsten die Besitzerin werden, andernfalls ein Verband von größerem Umfang, wie eben eine Provinz, ein Staat oder das Reich, das mehrere Staaten zusammenfaßt.

Die Gemeinde, der Staat, das Reich können dann einen Ausgleich zwischen den Bezügen der in den einzelnen Betrieben Tätigen vornehmen und dabei zugleich auch dafür sorgen, daß ein Teil des Ertrages abgezweigt wird zur Versorgung der nicht Arbeitsfähigen und zur Bestreitung der Ausgaben für allgemeine Verwaltung, Sicherheitsdienst, Gesundheitspflege usw. Sie können allen Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Unternehmungen ausschalten und damit sehr viel Kraftverschwendung und Kapitalvergeudung unterbinden. Sie können vor allen Dingen eine weitgehende Produktionsregelung herbeiführen, indem sie stets genau den Bedarf an Gütern der verschiedensten Art feststellen und dafür sorgen, daß nur soviel von allen Waren erzeugt wird, wie wirklich nötig ist, indem sie dergestalt Überproduktion und Krisen verhindern und keine Kraft aufwenden lassen für die Erzeugung von Dingen, die volkswirtschaftlich unnötig sind und sehr wohl entbehrt werden können.

Dazu kommt, daß bei einer solchen Vergesellschaftung auch die Möglichkeit besteht, solche Betriebe, die mit ihren Einrichtungen nicht auf der Höhe sind, zu schließen und dafür jene um so mehr zu verbessern und zu vergrößern, die besonders günstig gelegen und besonders praktisch eingerichtet sind. Das bedeutet für die sozialistische Wirtschaft die Möglichkeit einer starken Produktionssteigerung bei gleichbleibender Menge der aufgewandten Arbeit; die Tätigkeit des einzelnen wird erheblich ergiebiger werden als heute; und so liegt die Möglichkeit vor, auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit jedem die Möglichkeit einer besseren Versorgung zu gewähren, ja, trotz dieser besseren Versorgung die Arbeitszeit immer mehr zu verkürzen, so daß der einzelne besser Zeit zur Erholung, zur Fortbildung, zum Genuß von Kunst und Kultur erhält.

Aus dem Gesagten erhellt schon, daß es lächerlich ist, Sozialisieren mit „Aufteilen" übersetzen zu wollen. Eine Aufteilung der heute angesammelten Kapitalien und Besitztümer würde — sofern sie überhaupt möglich wäre — das Privateigentum an den Produktionsmitteln ja gar nicht beseitigen, sie würde nur die Zahl der Besitzenden sehr vermehren und an Stelle der großen Besitztümer eine Unmenge kleiner setzen, von denen jedes für sich ungenügend wäre, um damit zeitgemäß, „konkurrenzfähig" produzieren zu können. Denn eine moderne Produktion ist nur möglich, wenn sehr erhebliche Kapitalien mitwirken, wenn in Großbetrieben mit Dampf und Elektrizität, mit modernen Riesenmaschinen gearbeitet wird. Nicht eine Aufteilung der Großunternehmungen in eine Reihe rückständiger Kleinbetriebe erstrebt der Sozialismus, sondern er wird noch mehr als schon das kapitalistische Zeitalter die Produktion in Großbetriebe zusammenfassen. Nur daß in der sozialistischen Wirtschaft die Großbetriebe nicht mehr Eigentum einer kleinen Schar dividendenschluckender Aktionäre sein werden, sondern Eigentum der Gesellschaft, und daß ihr Ertrag ganz und ausschließlich ihr zugute kommen wird und durch sie denjenigen, die durch ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit die Betriebe in Gang erhalten.

Töricht ist es auch, wenn behauptet wird, der Sozialismus wolle dem Menschen alles nehmen, was er heute sein eigen nennen darf. Nein, es handelt sich bei der Vergesellschaftung immer nur um die Kapitalwerte, die für die Produktion unentbehrlich sind, also um die sogenannten Produktionsmittel. Das, was jeder an Gebrauchswerten erwirbt oder besitzt, soll ihm ungeschmälert bleiben. Jeder wird auch in der sozialistischen Gemeinschaft das Recht auf ein eigen Heim haben, das er sich einrichten kann wie er will. — ja, die Möglichkeiten, sich ein behagliches Heim zu schaffen, werden für die großen Massen erst durch den Sozialismus geschaffen werden. Jeder wird sich kleiden und schmücken dürfen wie er will; jeder wird auch das Recht haben, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun, um irgendwelche Einrichtungen zu schaffen, die der religiösen oder künstlerischen Erbauung, der Vertretung irgendwelcher Ansichten durch Herausgabe von Zeitungen oder dergleichen dienen. Nur wird das, was der einzelne besitzt oder mit seinem Besitztum unternimmt, nie dazu dienen dürfen, andere auszubeuten, d. h. aus der Arbeit anderer Gewinn zu ziehen.

Schließlich ist es auch ein Unsinn, wenn gegen den Sozialismus eingewandt wird, er laufe auf eine öde Gleichmacherei hinaus. Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird es höher und weniger hoch gewertete Tätigkeiten und Stellungen geben. Der besonders Befähigte wird die Möglichkeit eines viel weiteren Wirkungskreises, einer weit angesehneren Stellung und einer besseren Lebensweise haben als der weniger Begabte und Träge. Beseitigt werden nur die klaffenden Unterschiede in der Lebenshaltung, beseitigt wird die Klassenscheidung sein, die die einen zu Herren, die anderen zu Sklaven ihrer Produktionsmittel macht. Auch der in unansehnlichster Stellung Beschäftigte wird das Bewußtsein haben dürfen, daß der gesamte Ertrag seiner Arbeit der Gesellschaft und durch die Gesellschaft ihm wieder zufließt, ohne daß irgendein Kapitalist sich daran bereichert, er wird in jedem Falle die Möglichkeit eines gesunden, menschenwürdigen Daseins haben, und ihm werden alle Tore offen stehen, sich bis zu den einflußreichsten Ämtern emporzuarbeiten.

Auch in der sozialistischen Gemeinschaft wird es nicht nur lauter Glückseligkeit und Zufriedenheit geben. Auch in ihr wird es nicht an Eifersüchteleien und Ränken fehlen, und mancher wird sich zurückgesetzt und nicht voll gewertet fühlen. Aber gewiß ist, daß die Möglichkeiten für jeden, zu einer ihn befriedigenden Existenz zu kommen, in ihr unvergleichlich viel größer sein werden als unter der Herrschaft des Privatkapitals.

Der Sozialismus ist nicht von heute auf morgen zu verwirklichen. Nur allmählich kann das Wirtschaftsleben sozialisiert werden. Die sozialistische Gemeinschaft, wie sie als Ideal vor uns steht, liegt noch in jahrweiter, wenn nicht jahrzehnteweiser Ferne. Aber die Möglichkeit ihrer schrittweisen Durchführung ist gegeben, seitdem die Revolution das Proletariat zur politischen Macht gebracht hat.

Dr. S. N-e.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF